

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau** der Stadt Burgdorf am **05.12.2017** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-USB/012

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:18 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Kaever, Volkhard Dr.

Mitglied/Mitglieder

Braun, Jens
Heller, Simone als Vertretung für Nijenhoff, Rüdiger ab TOP 5
Knauer, Detlef Als Vertretung für Heller, Simone
Köneke, Klaus bis 19.00 Uhr
Rheinhardt, Michael
Schrader, Karl-Ludwig
Sieke, Oliver
Weilert-Penk, Christa

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael

Beratende/s Mitglied/er

Kleinschmidt, Dieter
Konerding, Christoph bis 19.00 Uhr
Schellenberger, Andreas

stellv. Beratende/s Mitglied/er

Kusber, Paula

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Brinkmann, Jan-Hinrich einschl. TOP 4
Fischer, Andreas
Herbst, Imke
Herbst, Rainer bis 19.00 Uhr
Kauter, Theo bis 19.00 Uhr
Lahmann, Jörg bis 20.30 Uhr
Weddige, Frauke

Gäste

Frau Schepelmann – Planungsbüro Lärchenberg
Planungsbüro Lauterbach

Thorsten Kröger – ACRIBO

Herr Schneider - ACRIBO

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Wohn- und Lebensquartier "Aue Süd"; Projektentwicklung mit Wohnen, Handel und Dienstleistung für die Burgdorfer Südstadt (Ostlandring/ Duderstädter Weg)

Einwohnerfragestunde

4. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3-01 "Krummacher Feld" - Entwurf - Bezug:
Vorlage 2017 0329
Vorlage: 2017 0425
5. Bauhöfe der Stadt Burgdorf - Standortvarianten
Vorlage: 2017 0373

Pause

6. Entwurf Haushaltssatzung 2018
Vorlage: 2017 0384
7. Entwurf Investitionsprogramm 2018
Vorlage: 2017 0385
8. Entwurf Stellenplan 2018
Vorlage: 2017 0386
9. Änderungsantrag gem. Geschäftsordnung zur Vorlage 2017 0388 - IGS Raumprogramm und Machbarkeitsstudie
Vorlage: 2017 0388
Vorlage: 2017 0388/1
- 9.1. IGS - Raumprogramm und Machbarkeitsstudie; Bezugsvorlagen
Vorlage: 2017 0388
10. Bauleitplanung "Kiessee Süd", Konzept Erholungsnutzung
Vorlage: 2017 0402
11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
12. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Dr. Kaefer eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Köneke bat die Tagesordnungspunkte 9 und 9.1 gemeinsam zu beraten.

Herr Dr. Kaefer schlug daraufhin vor, den Tagesordnungspunkt 9.1 vor den Punkt 9 zu ziehen und nach dem Tagesordnungspunkt 3 eine Einwohnerfragestunde zu ergänzen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten der Tagesordnung in der so geänderten Form zu.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Fischer berichtete, dass die Region Hannover die Stadt Burgdorf darüber informiert habe, dass sich im Rahmen der Bauausführung zur Sanierung der Bohrschlammkippe Dachtmissen herausgestellt habe, dass sich die Geometrie des Schlammgrubenkörpers anders darstelle, als in den bisherigen Planungsunterlagen konzipiert. Es handele sich um zwei Kammern statt einer. Ebenfalls sei nördlich des Hauptbaugrubenkörpers ein zusätzlicher Bereich mit Bohrschlamm angetroffen worden. Bezugnehmend darauf seien höhere Mengen an Inputmaterial zu entsorgen woraus eine längere Sanierungszeit resultiere. Die Exxon Mobil Production Deutschland GmbH habe deshalb eine Verlängerung der Maßnahme bei der Region Hannover beantragt. Eine Anpassung der genehmigten Grundwasserfördermenge sei nicht erforderlich, da sich die Bedingungen der Grundwasserhaltung nicht veränderten.

Weiterhin erläuterte **Herr Fischer**, dass der Altlastenverdacht für die Bohrschlammgrube Heeßel durch die im März von der Region Hannover in Auftrag gegebene orientierende Untersuchung bestätigt worden sei.

Die Bohrschlammanalysen wiesen mäßig erhöhte Kohlenwasserstoff und geringfügig erhöhte PAK-Gehalte auf. Eine Gefährdung durch die Ablagerung könne für sämtliche relevanten Wirkungspfade (Boden-Nutzpflanzen, Boden-Grundwasser) ausgeschlossen werden. Der Wirkungspfad Boden-Mensch sei nicht betrachtet worden, da keine diesbezügliche Nutzung im Sinne der Bundesbodenschutzverordnung vorliege. Weitere Untersuchungen seien nicht für notwendig gehalten worden.

Herr Fleischmann bat darum die Werte der durchgeführten Analysen dem Protokoll in der Anlage beizufügen.

3. Wohn- und Lebensquartier "Aue Süd"; Projektentwicklung mit Wohnen, Handel und Dienstleistung für die Burgdorfer Südstadt (Ostlandring/ Duderstädter Weg)

Herr Kröger und **Herr Schneider** erläuterten ausführlich die Entwicklung des Projektes „Aue Süd“ der ACRIBO. Die entsprechende Präsentation befindet sich in der Anlage zum Protokoll.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion erklärten **Herr Kröger** und **Herr Schneider**, dass man beabsichtige zunächst die gewerblichen Bauten auf den zur Verfügung stehenden freien nördlichen Flächen zu errichten, um dann zum Beispiel Aldi einen Umzug ohne Unterbrechung des Geschäftsbetriebes zu ermöglichen. Insgesamt bemühe man sich um eine ansprechende, der bereits in Burgdorf vorhandenen Architektur entsprechende Bauweise. Das bedeute, dass man zum Ziel habe, strukturierte Gebäude mit Klinkerfassaden zu errichten. Die Darstellungen in den Plänen seien nicht die Gebäude sondern zeigten die Flächenverteilungen. Sicherlich, so **Herr Schneider** hänge die Ausbildung der Grundrisse von der städtebaulichen Vertretbarkeit der benachbarten Nutzungen ab.

Herr Baxmann befürwortete das vorgestellte Projekt. Dieses sei aus städtebaulicher Sicht und aus Sicht der Stadtentwicklung sehr interessant. Es befördere den Standard des Wohnungsbaus in der Stadt Burgdorf und habe zudem den Vorteil dass ein Pflegestützpunkt sowie ein Kindergarten geplant sei.

Auf die Nachfrage von **Frau Kusber** bestätigte **Herr Kröger**, dass die Errichtung barrierefreier Wohnungen in größerer Anzahl geplant sei. Die Mietpreise sollten in Abhängigkeit zu den jeweiligen Wohnungsgrößen bezahlbar sein.

Frau Weilert-Penk kritisierte die Struktur der Planung. Diese sei für sie nicht harmonisch und die Verteilung der Nutzungen nicht gut.

Die Frage von **Herrn Fleischmann**, ob beabsichtigt sei auch einen Anteil Sozialwohnungen zu bauen beantwortete **Herr Kröger** dahingehend, dass man bereits darüber gesprochen habe, ein Anteil von 25% jedoch zu hoch für das Projekt sei.

Herr Schrader befürchtete dass das Vorhaben eine erhebliche Relevanz für die Innenstadt haben werde.

Herr Knauer erkundigte sich inwieweit im Rahmen des Vorhabens eine Nachhaltigkeit berücksichtigt werde.

Herr Kröger antwortete, dass die Gebäude mit Photovoltaikanlagen und auch Gründächern versehen werden sollen.

Herr Fischer führte hierzu aus, dass solche Fragen oftmals erst abschließend in einem Energiekonzept geklärt würden wenn die Synergien zwischen Wohnen und Gewerbe geprüft worden seien. Hinsichtlich des Einwandes von

Herrn Schrader verdeutlichte **Herr Fischer**, dass der Handel mittlerweile andere Konzepte verfolge, so dass eine Innenstadtrelevanz nicht zwingend zum Ausschluss führe. Man habe bereits und werde weitere Gespräche mit der Region zu diesem Thema führen.

Einwohnerfragestunde

Um 18.06 Uhr eröffnete **Herr Dr. Kaefer** die Einwohnerfragestunde. Es wurden keine Fragen und Anregungen vorgetragen.

Herr Dr. Kaefer schloss die Einwohnerfragestunde um 18.07 Uhr.

4. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3-01 "Krummacher Feld" - Entwurf - Bezug: Vorlage 2017 0329 Vorlage: 2017 0425

Der Entwurf der Änderung des Bebauungsplans Nr. 3-01 „Krummacher

Feld“ wurde durch das **Planungsbüro Lauterbach** erläutert.

**Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:
Dem anliegenden Entwurf des Bebauungsplans Nr. 3-01/1 „Krumma-
cher Feld“ (Stand 14.11.2017) wird zugestimmt.**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Entwurf die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit den §§ 13a Abs.2 Nr.1 und 13 Abs. 2 Nr.2 BauGB) und die Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit den §§ 13a Abs.2 Nr.1 und 13 Abs. 2 Nr.3 BauGB) durchzuführen.

5. Bauhöfe der Stadt Burgdorf - Standortvarianten Vorlage: 2017 0373

Herr Kauter erläuterte die Vorlage.

Auf die Frage von **Herrn Braun** antwortete **Herr Baxmann**, dass nur auf dem Grundstück des Bauhofs an der Friederikenstraße eine Dekontaminierung festgestellt worden sei.

Herr Köneke kritisierte, dass in der Vorlage zu wenige Aussagen über mögliche Synergieeffekte bei der Zusammenlegung der Bauhöfe aufgeführt seien. Die Einsparung nur von nur einer halben Stelle rechtfertige nicht eine solche finanzielle Belastung in Zeiten eines derart angespannten Haushaltes.

Angesichts der Annahme von **Herrn Köneke**, dass die in der Vorlage genannte Summe ausreiche eine komplette Sanierung des Gärtnerbauhofes durchzuführen, erläuterte **Herr Dr. Kaever**, dass die genannte Summe nur dazu ausreiche unabdingbare Maßnahmen durchzuführen.

Frau Weilert-Penk sprach sich vor dem Hintergrund der bekannten Problematik für den Fortgang der Planung aus. Angesichts des schlechten Zustandes des Gärtnerbauhofes habe man die Verpflichtung bessere Verhältnisse für die Mitarbeiter zu schaffen.

Herr Braun schloss sich dieser Aussage an. Zudem sah er einer Sanierung des Gärtnerbauhofes und einer darauffolgenden Zusammenlegung der Betriebsstätten eine Verschwendung von 1,3 Mio.

Herr Herbst erklärte, dass eine Investition von 1,3 Mio in den vorhandenen Gärtnerbauhof nur dann zu rechtfertigen wäre, wenn der Bestand dieser Einrichtung an seinem derzeitigen Zustand gesichert wäre. Dies sei jedoch nicht der Fall, da das erforderliche Planungsrecht an dieser Stelle gar nicht geschaffen werden könne. Um zumindest gesicherte Zahlen und Daten vorweisen zu können, bitte er um die Bereitstellung der Planungskosten.

Herr Rheinhardt schloss sich ebenfalls **Frau Weilert-Penk** an und sah tendenziell eine Zusammenlegung der Bauhöfe als beste Lösung.

Herr Baxmann führte aus, dass es nicht Absicht der Verwaltung gewesen sei die von ihr favorisierte Lösung schön zu rechnen. Mit großer Wahrscheinlichkeit seien bei einer Zusammenlegung größere Synergien möglich, auch wenn sie an dieser Stelle nicht versprochen werden könnten.

Herr Köneke machte deutlich, dass seine Fraktion ein Problem mit der Zustimmung zu den Planungskosten habe wenn diese bedeute, dass daraus zwingend die Zusammenlegung folge. Werde dies nicht so gesehen, könne man sich darauf einigen dem 1. Schritt zuzustimmen und über den nächsten Schritt neu zu entscheiden.

Herr Dr. Kaever hielt es nicht für sinnvoll nur Geld für die Vorplanung be-

reit zu stellen, vielmehr müsse auch gleich die Möglichkeit gegeben sein nach entsprechenden Ergebnissen weiter planen zu können. **Herr Braun und Frau Weilert-Penk** schlossen sich dieser Auffassung an.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass für 2019 „nur“ eine Verpflichtungsermächtigung eingestellt sei, dies bedeute nicht, dass diese Mittel „zwingend“ ausgegeben werden müssen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten mit sechs Ja-Stimmen und drei Enthaltungen den folgenden empfehlenden Beschluss.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Burgdorf beschließt die Zusammenlegung der beiden städtischen Bauhöfe und empfiehlt dem Rat entsprechende Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2018 für Voruntersuchungen zur Zusammenlegung der Bauhöfe 80.000 € sowie im Investitionsprogramm für 2019 für die Vorplanung 160.000 € bereitzustellen.

Die weitere Umsetzung des Projektes (mit einem voraussichtlichen Restmittelbedarf von 5.060.000,00 € ist in der mit dem Haushalt 2019 bzw. 2020 zu beschließenden Fortschreibung der Investitionsplanung darzustellen.

Im Zuge der Umsetzungsvorbereitung ist die Beteiligung bzw. Umsetzung durch Dritte ebenfalls zu prüfen.

Pause

Herr Dr. Kaever unterbrach die Sitzung in der Zeit von 19.00 Uhr bis 19.10 Uhr für eine Pause.

6. Entwurf Haushaltssatzung 2018 Vorlage: 2017 0384

Herr Fischer und **Herr Lahmann** erläuterten die für den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau maßgeblichen Haushaltsstellen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau nahmen den Entwurf des Haushaltsplanes 2018 zur Kenntnis und sahen die Vorlage 2017 0384 als beraten an.

7. Entwurf Investitionsprogramm 2018 Vorlage: 2017 0385

Herr Fischer und **Herr Lahmann** erläuterten die für den Ausschuss maßgeblichen Ansätze des Investitionsprogrammes.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau nahmen den Entwurf des Investitionsprogrammes 2018 zur Kenntnis und sahen die Vorlage 2017 0385 als beraten an.

8. Entwurf Stellenplan 2018
Vorlage: 2017 0386

Herr Fleischmann sah es als bedauerlich an, dass die Stellen der Sozialarbeiter in der Flüchtlingsbetreuung nicht entfristet wurden.

Herr Baxmann antwortete hierauf, dass dies angesichts der ungewissen Flüchtlingszahlen in den nächsten Jahren keinen Sinn mache.

Herr Lahmann erläuterte, dass die für seine Abteilung angemeldete Stelle einer Verwaltungskraft bereits mit einer aus dem Mutterschutz zurückgekehrten Kollegin besetzt worden sei und die Anmeldung nachträglich erfolge. Eine weitere Ingenieurstelle werde aufgrund des zunehmenden Arbeitsvolumens erforderlich.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten mit sieben Ja-Stimmen und einer Enthaltung des folgenden empfehlenden Beschluss:

Als Bestandteil des Haushaltsplans 2018 wird der dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen.

9. Änderungsantrag gem. Geschäftsordnung zur Vorlage 2017 0388 - IGS Raumprogramm und Machbarkeitsstudie
Vorlage: 2017 0388
Vorlage: 2017 0388/1

Herr Fleischmann erläuterte ausführlich seinen Antrag. Er erklärte, dass Die Linke eine IGS mit einer Sekundarstufe II befürworten würden.

Herr Dr. Kaefer ging davon aus, dass es möglich sei Fördergelder zu erhalten wenn der Beschluss eine IGS zu errichten bereits gefasst worden sei. Diesen Beschluss, so **Herr Dr. Kaefer** gäbe es bereits. Auf eventuelle Förderprogramme einer neuen Bundesregierung zu warten, könne einen unangemessenen Zeitraum in Anspruch nehmen.

Herr Baxmann verwies auf die ausführlichen Diskussionen der Ausschüsse in dieser Sache. Er sprach sich dringend dafür aus, den Beschluss nicht weiter aufzuschieben.

Herr Rheinhardt konnte den vorliegenden Antrag nicht nachvollziehen, da dieser zur Folge habe, dass erneut Übergangslösungen erforderlich würden. Der zweite Teil des Antrags sei deutlich verfrüht.

Herr Sieke erklärte, dass die CDU sich für die IGS ausspreche, es jedoch fraglich sei ob eine Sekundarstufe II erforderlich werde.

Angesichts der ausführlichen weiteren Diskussion sagte **Herr Baxmann** zu, sich bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses über die derzeit bestehenden Fördermöglichkeiten zu informieren.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten mit 5-Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung gegen den von Herrn Fleischmann gestellten Antrag.

**9.1. IGS - Raumprogramm und Machbarkeitsstudie; Bezugsvorlagen
Vorlage: 2017 0388**

Herr Sieke erklärte für seine Gruppe, dass diese sich für den Neubau einer IGS mit einer Sekundarstufe I ausspreche. Die Schaffung einer Sekundarstufe II werde nicht als erforderlich angesehen, da diese im Oberstufenzentrum angeboten werde. Darüber hinaus erwarte man ein realistisches Vermarktungskonzept für die Altbestände. Hinsichtlich der Kosten gehe man davon aus, dass diese sich bei einem Wegfall der Sekundarstufe II um ca. 4,6 Millionen verringerten. Von den verbleibenden 47 Millionen sollten nochmals 10 % gestrichen werden. Weiterhin sollte die Vergabe an einen General- oder Totalunternehmer geprüft werden.

Herr Baxmann erläuterte, dass die Schaffung eines Oberstufenzentrums nach dem Schulgesetz nicht möglich sei.

Herr Knauer, Frau Weilert-Penk und Herr Braun sprachen sich für die Schaffung einer IGS mit Sekundarstufe II aus.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion fassten die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau mit 6- Ja-Stimmen und 2-Nein-Stimmen den folgenden empfehlenden Beschluss:

a.)Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt das anliegende Raumprogramm für die IGS Burgdorf.

b.)Auf der Grundlage des Raumprogramms wird ein Neubau für die IGS einschließlich 3-Feld-Sporthalle und Sportaußenanlage auf einem geeigneten Grundstück errichtet.

c.)Der Bürgermeister wird beauftragt ein entsprechendes Grundstück zu ermitteln, in die Verkaufsverhandlungen einzutreten und das Ergebnis den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

d.)Parallel dazu sind die Vorbereitungen für die Vergabe eines Planungsauftrages zu treffen. Dabei ist die Raum- und Flächenverfügbarkeit für die Einrichtung einer Sekundarstufe II sicherzustellen.

**10. Bauleitplanung "Kiessee Süd", Konzept Erholungsnutzung
Vorlage: 2017 0402**

Frau Schepelmann erläuterte ausführlich die Planung.

Frau Weilert-Penk sprach sich gegen eine Unterhaltung des Erholungsgebietes durch die Stadt Burgdorf aus. Da er See gefährliche Untiefen habe, sollte er nicht vollständig freigegeben und zum Teil naturbelassen bleiben.

Herr Fleischmann sah den See als gute Alternative zum Freibad und sprach sich für eine ungehinderte Zugänglichkeit aus.

Auf die Frage von **Herrn Kleinschmidt** was mit der Restwasserfläche erfolge, antwortete **Frau Schepelmann**, dass der Bereich welcher nicht genutzt werden solle mit Ketten abgespannt werde. Die untere Naturschutzbehörde sehe das Betreten der anderen Uferbereiche durch vereinzelte Schwimmer unkritisch.

Als erforderliche Ausgleichsmaßnahme schlug **Herr Kleinschmidt** die Ände-

rung eines Sohlabschlages in eine Sohlgleite in der Aue im Bereich des Pferdemarktes vor.

Herr Braun warnte davor sich falsche Vorstellungen von der Schaffung eines solchen Erholungsgebietes zu machen, da an solchen Plätzen oftmals einiges passiere.

Herr Baxmann lehnte die Übernahme der Unterhaltung und der Verantwortung für diesen Bereich ab. Zudem müsse man sich verdeutlichen, dass solche Bereiche auch außerhalb der Saison kontrolliert werden müssten.

Herr Schrader sprach sich ebenfalls gegen eine Verantwortlichkeit der Stadt aus. **Herr Rheinhardt** schloss sich dieser Auffassung an und sah es nicht als zwingend notwendig an, den Bereich zum Schwimmen freizugeben.

Zum weiteren Verfahrensgang erläuterte **Frau Herbst**, dass der Vorentwurf fast fertiggestellt sei, man an dieser Stelle jedoch nicht weiter komme, da zunächst zu klären sei, ob der Bereich später in öffentlicher oder privater Verantwortung betrieben werden solle.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf eine Vertagung dies TOP um sich in den Fraktionen zu dieser Frage beraten zu können. Eine weitere Beratung wurde für die nächste Sitzung am 16.01.2018 vorgesehen.

Beschluss:

11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

12. Anregungen an die Verwaltung

Es wurden keine Anregungen vorgetragen.

Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerfragestunde fand nicht statt da keine Einwohner anwesend waren.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer